

## INTERZONENHANDEL

### Trüffelt durch die Luft

Jedesmal, wenn die westlichen Interzonen-Unterhändler Dr. Kaumann und Dr. Leopold von Bonn aus mit neuen Petersberger Direktiven nach Berlin kamen, schworen sie, daß sie jetzt zurücktreten würden. Seit dem 30. Juli haben sie sich nun grollend im zweiten Stock der Interzonen-Treuhandstelle an Westberlins Kurfürstendamm vergraben.

Sie wollen nichts mehr von Interzonenhandel hören, denn über Westberlin surren seit dem 1. August die britischen und amerikanischen Transportmaschinen der neu eröffneten „kleinen Luftbrücke“. Was eigentlich nach Dr. Kaumanns wochenlangen Bemühungen auf dem Landweg von Westberlin nach Westdeutschland und in umgekehrter Richtung transportiert werden sollte, trüffelt jetzt langsam durch die Luft — täglich jedoch kaum mehr als 100 t Handelsgüter.

Insgesamt werden dagegen von den Karlshorster Russen 10 000 t Handelsware im Werte von rund 80 Millionen DM in Westberlin blockiert. Das war der Grund, weswegen die westdeutschen Interzonen-Unterhändler den ostdeutschen Regierungs-Bevollmächtigten Orlopp immer wieder aufsitzen lassen mußten.

Vereinbarungsgemäß sollte der seit einem Monat paraphierte, jedoch wegen des Einspruchs der westlichen Alliierten immer noch nicht unterschriebene Interzonen-Handelsvertrag für 1951/52 am 27. Juli von Dr. Kaumann in Berlin unterzeichnet werden. Aber Dr. Kaumann kam nicht. Angeblich hatte sich sein Flugzeug verspätet.

Neuer Unterzeichnungstermin: 30. Juli. Am 30. Juli wartete Orlopp abermals vergebens. Dr. Kaumann durfte auf Weisung des Petersberges bis jetzt noch nicht unterzeichnen. Damit blieb das Abkommen Papier. Es sieht vor:

- Einen Handelsumfang von je 482 Millionen Verrechnungseinheiten (VE) unter Ausschluß der gegenseitigen Kohlelieferungen. Das entspricht etwa einem gegenseitigen Warenaustausch im Werte von monatlich 40 Millionen DM.

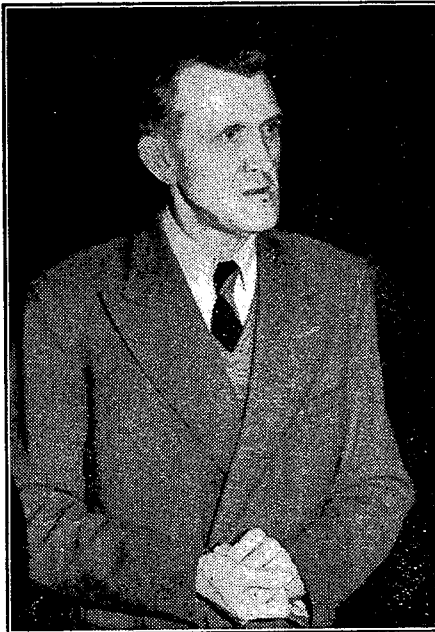
Was die Verhandlungen so schwierig gemacht hatte, war die Forderung des Westens nach

- Verkehrsgarantie für die Nabelschnur Helmstedt—Berlin W und
- ungehindertes Passieren der Westwaren an den übrigen Zonengrenzübergängen.

Auf diese Garantieforderung ging Orlopp nach Rückfrage in Karlshorst nicht ein. Er durfte aber seinen westdeutschen Verhandlungspartnern schriftlich bestätigen, daß der neue Interzonen-Handelsvertrag ad hoc unwirksam würde, wenn wieder Verkehrsstörungen zwischen Berlin und Westdeutschland eintreten sollten.

Das war ein modus vivendi, mit dem sich bei der Vierer-Konferenz der Berliner Besatzerkommandanten Sowjetrussen, Engländer und Franzosen einverstanden erklärten; nur die Amerikaner beharrten auf absoluter Verkehrsgarantie von Karlshorst. Wenn nicht, dann auch kein neuer Interzonen-Handelsvertrag.

Die Sowjets reagierten auf ihre Weise und verzögerten die Unterzeichnung der Warenbegleitscheine für die inzwischen hoch gestauten 10 000 t Westberliner Exportgüter, die durch die Sowjetzone transportiert werden müssen. Daraufhin brüske Ablehnung der Amerikaner, sich noch



Man müßte den Russen...  
West-Unterhändler Dr. Kaumann

einmal mit den Sowjets im Lancaster House am Fehrbelliner Platz zu besprechen. Noch brüskeres Echo der Russen: neue Schikane an den Grenzübergangsstellen. Alle Schrottlastzüge wurden gestoppt. Rigoros verlangen die Volkspolizisten bei Marienborn, mit drohendem Schlag auf den Karabinerkolben, von den Schrottfahrern die Unterschrift eines vorbereiteten Protokolls, in dem es heißt, daß nach Ansicht der Fahrer 60 Prozent der Schrottladung aus der Sowjetzone stammen. Auf Grund dieses Protokolls wird dann die Ladung beschlagnahmt. Der Wert der so konfiszierten NE-Metalle geht in die Millionen.

Keine Versicherungs-Gesellschaft übernimmt mehr Transportversicherungen für Nicht-Eisenmetall-Lieferungen von Westberlin nach dem Bundesgebiet. Die Verladener müssen das Risiko selbst tragen.



... ein Äquivalent bieten  
Ost-Unterhändler Orlopp

Natürliche Folge: 15 Firmen verlegten schnell ihren Sitz ins Bundesgebiet.

Aber die Amerikaner blieben stur wie die Sowjets. „Um den Russen die vom Westen gewünschte Verkehrsgarantie abzurufen, müßte man ihnen ein Äquivalent bieten“, verlangen Westberlins liberale Wirtschaftsvertreter nach Burgfrieden. Die Größenunterschiede zwischen den vorgesehenen monatlichen Einfuhren der Sowjetzone aus Westdeutschland (nach dem neuen Abkommen Waren im Werte von rund 40 Millionen DM) und den Westberliner Lieferungen in das Bundesgebiet (rund 150 Millionen DM) seien zu stark, als daß der Westen zur Herbeiführung eines garantierten normalen Transitverkehrs noch einen erfolgreichen Druck auf die Ostseite ausüben könnte. Ein Interzonen-Abkommen im Umfang von 700 Millionen bis zu einer Milliarde DM pro Jahr, also nahezu eine Verdoppelung des vorgesehenen Handelsvolumens, könnte in kürzester Frist den Warenbegleitschein-Krieg beenden.

Dafür haben die Amerikaner keine Meinung, denn es liegt ihnen offensichtlich mehr daran, durch Kurztreten im Interzonenhandel Walter Ulbrichts Fünfjahresplan zu torpedieren. Die SED-Artisten würden aber auch trotz höherer Lieferungen aus Westdeutschland ihre viel zu hoch geschraubten Planziffern in den entscheidenden Wirtschaftszweigen nicht erreichen, behaupten die Fachleute im Westberliner Institut für Wirtschaftsforschung.

Deshalb könnte ein Interzonen-Warenaustausch unbedenklich forciert werden, schrieb der Bundesverband der Deutschen Industrie am 20. Juli an Ludwig Erhard — mit „Ueberraschung und Sorge“ darüber, daß in dem — inzwischen ohnehin eingefrorenen — neuen Abkommen der Warenaustausch so niedrig bemessen sei. Lakonische Antwort aus dem Bonner ERP-Ministerium: „nach einer Besprechung auf dem Petersberg“: „Die Bundesregierung wird das neue Interzonen-Handelsabkommen gleichzeitig mit der Normalisierung des Warenverkehrs mit Westberlin unterzeichnen.“ An Stelle der Normalisierung wurde nun die „kleine Luftbrücke“ gestartet.

Die an dem kleinen Luftbrücken-Geschäft beteiligten Fluggesellschaften sind: die Pan American Airlines (täglich zwölf Flüge), die British European Airways (täglich zehn Flüge) und die Air France (täglich drei Flüge).

## MILCHKRIEG

### Bis zum letzten Hansbur

Sieben Tage lang durstete sich Bremens erwachsene Bürgerschaft ohne pasteurisierte Frischmilch durch die Hundstagshitze. Dann zog Milchkriegsgeneral Edmund Rehwinkel, Führer von 300 000 im „Niedersächsischen Landvolk e. V.“ organisierten Bauern und Vizepräsident des westdeutschen Bauernverbandes, seine Späher an den Zufahrtstraßen vor Bremen zurück.

Rehwinkels Boykott-Truppen hatten sich vorgenommen, „genau so wie die Gewerkschaften durch eine Solidaritätsaktion“ den Bremer Großstadtverbraucher dem bäuerlichen Kriegsziel zu unterwerfen:

- Heraufsetzung des Milchpreises von 34 Pfennig pro Liter auf den zulässigen Höchstsatz von 38 Pfennig (bei 2,8 Prozent Fettgehalt).

Vorausgegangen war eine Urabstimmung der niedersächsischen Bauern, ob sie gewillt seien, den Lieferstreik gegen Bremen mitzumachen. 98 Prozent der niedersächsischen Bauernschaft stimmten wie die Gewerkschaftler zum Mitbestimmungs-

recht. Zumal Rehwinkel auch dem letzten Hansbur in der Heide trotz des Boykotts den Absatz sichern konnte.

Was sonst in die Bremer Milchkannen floß, wurde eben in den Molkereien auch noch verbuttert. Nach Butter schreit die staatliche Vorrats- und Einfuhrstelle, die auf Anordnung der Bundesregierung in diesem Jahr eine nationale Butterreserve „für Notstandsfälle“ von über 50 000 t in den Kühlhäusern einlagern muß. Also konnten die Bauern wohl schmunzeln und jeden bedrohen, der die Streikdisziplin mißachtete.

Nur drei Molkereien — in Worpswede, Falkenberg und Eickedorf — scherten für einen Tag aus dem grünen Kartellverband aus. Dann rasselte die oberste Milchkriegsleitung dazwischen, und schon stand die grüne Front wieder auf Vordermann.

In Bremen aber sank der Milchpegel von 190 000 Liter täglich (normal) auf 20 000 Liter. Auch Kondensmilch war bald Mangelware. Die aus der Bremer Eigenerzeugung fließende Labe reichte knapp für Babies und Wöchnerinnen.

Da schielten die Bremer in ihrer Milchnot nach ihren hanseatischen Verbündeten in Hamburg, denen Schleswig-Holsteins Bauerngeneral Detlew Struve zwar die Kriegserklärung schon auf den Senatstisch geknallt hatte, aber Feindseligkeiten wie in Bremen waren noch nicht ausgebrochen. Hamburg sollte bis zum 4. August wählen: Kapitulation oder offene Schlacht.

Nun schickten die Hamburger erst einmal einen Hilfszug mit zwei Anhängern über die Autobahn nach Bremen. Auf den Lastzug, unter Persenningen getarnt, Tankbehälter mit 17 200 Liter Milch.

Eine motorisierte Streife der Bremer Polizei sicherte den Konvoy. Der Hilfszug durchbrach glücklich Rehwinkels Sperrlinien, obwohl Niedersachsens Bauernpartisanen gedroht hatten, derartigen Fahrzeugen die Tanks mit Aexten einzuschlagen.

Angesichts dieser geschlossenen hanseatischen Abwehrfront gaben es die Milchkämpfer schließlich auf, ihren Krieg mit radikalen Mitteln, wie etwa Verschiebung des Frühdrusches der neuen Getreideernte, zu verschärfen.

Hamburgs sozialdemokratische Bauernfresser hatten mit massiven Klassenkampfparolen geantwortet und über die Gewerkschaften Fühler nach Dänemark ausgestreckt. Dort kostet die Milch den Konsumenten 0,47 Kronen = 29 Pfennig. Es würde also trotz der höheren Transportkosten möglich sein, dem hanseatischen Verbraucher den 34-Pfennig-Preis pro Liter, den billigsten Milchpreis der ganzen Bundesrepublik, weiterhin zu garantieren.

Aus Bremen klang es noch forscher heraus, als Wirtschaftssenator Hermann Wolters (SPD), früher kommunistischer Jugendsekretär, auf die Milchkannen kletterte. Wolters lag gerade zusammen mit Schauspielerin Helene Tabery, seiner charmannten Ehefrau, im österreichischen Kurort Kuthay in der Feriensonne, als er Nachricht bekam, daß es in Bremen gegen die Bauern losgehe.

Bergbraun stürzte er sich ins Milchkriegsgetümmel, leicht gebremst von Bremens besonnenem Bürgermeister Wilhelm Kaisen. „Mit dem wären wir längst einig geworden“, zwinkert Edmund Rehwinkel in seinem großbäuerlichen Landsitz bei Westercelle. „Denn schließlich ist Kaisen selbst ein Stück Bauer, weil er doch eine 40-Morgen-Klitsche am Stadtrand hat...“

Mit Wolters jedoch wurde er nicht einig. Wolters ließ melodramatisch Kuhglocken rasseln, wenn er im Bremer Sender die Bürgerschaft moralisch zum Widerstand aufrief: „Wir können auch die Milchkannen umdrehen und völlig in Käuferstreik treten.“



Die Milchkannen umdrehen...  
34 Pfennig: Wolters

Wenn er sich heißeredet hatte, nahm er auch mal einen Schluck aus einer Flasche Bülken-Vorzugsmilch als beziehungsreiche Erfrischung. Denn diese Milch stammt aus der Bremer Sanitätsmeierei, deren Besitzer Andreas Bülken zugleich Präsident der Bremer Landwirtschaftskammer und damit Wolters' CDU-Gegenspieler im Milchkrieg ist. Bei Andreas Bülken brennen Neonröhren im Kuhstall.

Wolters, Anhänger des sich frei auspendelnden Milchpreises durch Wettbewerb der Molkereien, steckte den Bauern Neonlichter auf: „Ich habe durchaus Verständnis für die Forderungen der Bauern, angesichts der steigenden Preise und Löhne einen höheren Milcherlös zu erzielen. Doch werden die Bauern für eine schmähliche Aktion mißbraucht, deren Hintermänner die Manager der grünen Front sind, die Direktoren der Molkereien und Präsidenten der landwirtschaftlichen Verbände und



...und in Käuferstreik treten  
38 Pfennig: Rehwinkel

Kammern. Die Handelsspanne zwischen Erzeugerpreis (23 Pfennig) und dem Endverbraucherpreis ist entschieden zu hoch.“

Beispiel: Bremer Milchabsatzgenossenschaft (MAG). Diese Großmolkerei werde eines Tages noch mit goldenen Milchkannen durch die Straßen fahren. Die Genossenschaftsmolkereien sollten nicht ihren ganzen Gewinn für ihren eigenen Apparat verbuttern, sondern die Bauerngenossen angemessen an der Jahresrendite beteiligen.

Die „goldenen Milchkannen“ der Bremer MAG sind inzwischen fast legendär geworden. Von der MAG selbst ist keine Stellungnahme zu der von Wolters veranlaßten Betriebsüberprüfung zu bekommen. Ihrem Direktor Döttger ist durch Beschluß des Vorstandes die Zunge gebunden.

Senator Wolters aber kennt die Bilanz: Der Bauer bekommt 23 Pfennig ausgezahlt. Von den 11 Pfennig Differenz bis zum Verkaufspreis von 34 Pfennig in den Hansestädten (in den übrigen Großstädten 36 bis 38 Pfennig, in Süddeutschland bei etwas höherem Fettgehalt sogar 42 Pfennig) entfallen:

- auf den Fuhrlohn für den Transport der Milch vom Bauernhof zur Molkerei 1 Pfennig;
- für Reinigung, Selektierung und Pasteurisierung der Milch 2,35 Pfennig;
- auf ultraviolette Bestrahlung 0,5 Pfennig;
- auf Steuern und Zinsen der Molkerei 0,4 Pfennig;
- auf Unkosten für Milcheinfuhr aus Niedersachsen 0,75 Pfennig;
- auf Fuhrlohn von der Molkerei zum Händler 1 Pfennig und
- auf die Handelsspanne des Einzelhändlers schließlich 5 Pfennig.

Die Betriebsprüfer wenden gegen diese Kalkulation ein, daß sie u. a. die Gewinne aus der Reduzierung der Trinkmilch auf 2,8 Prozent Fettgehalt nicht berücksichtigen. Diese Gewinne werden allein für das erste Halbjahr 1951 auf 328 657 DM errechnet. Weitere Spitzengewinne seien auch aus der Butterpreiserhöhung abzuleiten.

Die Aktiva der MAG betragen Ende 1950 bei einem Jahresumsatz von 15,5 Millionen D-Mark 2 030 823 DM.

Diese Bilanz hatte Senator Wolters in der Hinterhand, als er bei den Waffenstillstandsverhandlungen mit den Vertretern der Bauernverbände und Landwirtschaftsministerien von Niedersachsen und Schleswig-Holstein im exklusiven Hamburger Hotel Reichshof seinen SPD-Genossen vom Hamburger Senat das Stichwort gegen die gemeinsamen Widersacher gab: „Wir wollen überall die Kalkulationsunterlagen sehen.“

Dr. Schrack, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Hamburger Senatsbehörde für Wirtschaft und Verkehr, nickte zurück: „Auch wir haben mit großer Gewissenhaftigkeit Prüfungen in sechs Betrieben durchgeführt, die eindeutig ergaben, daß der bisherige Milchpreis von 34 Pfennig ausreicht.“

Im übrigen sei die ewig klagende Landwirtschaft, trotz Erhards Liberalisierungs- und Einfuhrpolitik keineswegs unrentabler geworden. Als Beweis nannte Schrack Zahlen über die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft, immer berechnet auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik:

1928	10,8	Milliarden	Mark
1929	11,3	„	„
1930	11,6	„	„
1931	11,8	„	„
1939	6,18	„	„
1950	3,71	„	„

Gegenwärtig sei also der niedrigste Verschuldungsstand.

Bauernführer Rehwinkel antwortete den Hamburgern mit einer anderen Statistik: Ueberschrift: Wieviel Produktionsmittel

konnte sich der Bauer für 100 Liter Milch kaufen?

	1913	1928	15.3.51
Kraftfutter in kg	86,2	66,5	64,7
Handelsdünger in kg	272,0	250,0	200,0
Pflug in Stück	0,4	0,3	0,2
Hufbeschlag in Hufeisen	11,8	6,4	5,4
Benzin in Liter	45,2	67,1	39,1
Gaskoks in kg	520,0	476,0	257,0

Dazu ein Brief Rehwindels an den Hamburger Bürgermeister Max Brauer: „Wenn ich diese Zeilen an Sie richte, so deshalb, weil Sie in Ihrer Eröffnungsansprache anlässlich der Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Hamburg sehr warme Worte für die Landwirtschaft gefunden haben und in Ihren Ausführungen erkennen ließen, daß Sie gewillt sind, der Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse einen gerechten Preis zuzugestehen. Ich darf bemerken, daß diese statistische Darstellung vom Hamburger Senat ausgestellt war — nicht von seiten der Landwirtschaft — und deshalb wohl erst recht den Stempel der Objektivität trägt.“

Nach diesem unfruchtbaren Notenwechsel kam es dann doch zum vorläufigen Waffenstillstand. Die Bauernverbände wollen Zeit gewinnen, um mit Hilfe der Länderregierungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein\*) sich eine generelle Milchpreiserhöhung auf 38 Pfennig von der Bundesregierung konzidieren zu lassen.

**Kanzler Adenauer selbst** soll Frieden stiften, fordert Rehwinkel, denn der sei es ja gewesen, der im Februar in Rhöndorf mit voreiligen Versprechungen den Joghurt-Keim in die inzwischen sauer gewordene Milch der bäuerlichen Denkungsart träufelte. Kanzler Adenauer hat den meuternden Bauern damals in Rhöndorf versprochen, sie von den Schäden der scharfen Einfuhrpolitik dadurch zu kurieren, daß er ihnen Erhöhung der Preise für folgende Produkte ankündigte:

- Getreide (ist inzwischen teurer geworden)
- Zuckerrüben (wird erst nach der Ernte akut)
- Milch (es wurde den Länderregierungen empfohlen, den Preis pro Liter auf 38 Pfennig zu erhöhen, lediglich die Butter wurde einheitlich um 50 Pfennig je Kilo verteuert).

Die Bauerngenerale glauben, aber nur dann ihren einheitlichen Höchstpreis für Milch in der ganzen Bundesrepublik durchsetzen zu können, wenn die beiden billigsten Bastionen im Norden von Bonn geknackt werden. Eine Bonner Intervention wäre den SPD-Senatoren von Bremen nicht einmal unerwünscht. Dann hätte die SPD bei der Bürgerschafts-Neuwahl im Herbst noch zugkräftigeren Agitationsstoff gegen die Bonner Regierungsparteien, als ihn der Milchkrieg ohnehin schon lieferte.

Den inzwischen ebenfalls rebellisch werdenden hessischen Bauern haben die Amerikaner sehr schnell die Boykottlust versalzen. Es wurde ihrem Bauernverband mitgeteilt, daß die US-Hochkommission gerade überprüfe, ob solche Boykottmaßnahmen wie in Bremen nicht flagrante Verstöße gegen das alliierte Dekartellierungsgesetz darstellen. „Sollte dies der Fall sein, muß die Angelegenheit auf höherer Ebene verfolgt werden.“

Senator Wolters hat sich bereits auf diese höhere Ebene geschwungen. Er will Rehwindels Niedersächsisches Landvolk e. V. wegen konspirativer Preisabrede und Kartellbildung verklagen.

\*) Nach den gültigen Milch- und Fettgesetzen kann jedes Land der Bundesrepublik die Bundesregierung ersuchen, im Falle von Preisstreitigkeiten für ein bestimmtes Gebiet die Preise festzusetzen.

## TAUSZKY

### Das macht Umsatz

Während Hamburgs Steuerfahnder sich noch den Kopf zerbrechen, wo wohl Alfred Tauszky ist, der mit einer runden Million Steuerschulden aus Hamburg verschwand, sitzt der Flüchtling in Mailand, verhandelt mit Geschäftsfreunden und hält telefonisch mit seinen Hamburger Leuten gelegentlichen Kontakt. Seine Gattin, Filmschauspielerin Jaester Naefe, die 48 Stunden nach ihm aus Hamburg verschwand, macht sich am Cap Martinez



Geld ist nur noch zu verlieren  
Lumpen und Filme: Alfred Tauszky

an der italienischen Riviera Gedanken, ob es für sie wohl zweckmäßig wäre, nach Hamburg zurückzukehren.

Wenn sie käme, müßte sie allein kommen. Ihr Mann Alfred Tauszky, der mit Filmen und Lumpen verdiente, kann sich einstweilen in Deutschland nicht mehr blicken lassen. Dieser Alfred Tauszky

- bearbeitete Jaester Naefe (Einer ihrer Filme: „Diese Nacht vergeß ich nie“) auf der Autobahn Hamburg—Lübeck so mit Fäusten, daß sie blaue Augen und geschwollene Stellen im Gesicht bekam und um Hilfe schrie;
- veranstaltete mit dem Bonner Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Ripken ausgedehnte Sitzungen und wandte sich an ihn wegen privater Anzugstofflieferungen („Hinsichtlich der Bezahlung wird es uns ein Vergnügen sein, uns persönlich mit Ihnen über diesen Punkt zu unterhalten.“);

- verdiente mit an dem Film „Eva und der Frauenarzt“;
- plante ein Frühstück mit Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard, aus dem im letzten Moment aber nichts wurde;
- verschob Riesenbeträge ins Ausland;
- hatte Kontakte mit Reichsminister a. D. Treveranus.

Alfred, Sohn des Hamburger Teppichhändlers Tauszky, machte sein Einjähriges und lernte im Im- und Export Kaufmann. Er war gerade dreiundzwanzig Jahre alt, da vermählte er sich 1939 mit der 19jährigen „Etschi“ Wachtmann, der Tochter des Hamburger Transportunternehmers Wachtmann. Mit 22 Jahren war Alfred Tauszky schon selbständig und machte in Luftschutztüren und Luftschuttspritzen. Schwiegervater Wachtmann kreditierte bei Bedarf.

Anfang 1942 lernte Tauszky den Hauptmann Grell kennen, der in Hamburg Abwehroffizier war. Tauszky sagt heute, Grell habe ihm mit kleinen Aufträgen für die deutsche Abwehr mit zu Auslandsreisen verholfen („Ich bin Ungar“). So konnte Tauszky während des Krieges nach Holland und in die Türkei reisen und Geschäfte machen. Er kaufte für die Firma Borsig in den besetzten Gebieten Hautcreme, Ersatzseife und ähnliche Artikel, womit die Werksleitung ihren Fremdarbeitern kleine Freuden vor dem Endsieg machen wollte. Anfang 1944 kam es auch zu einem ähnlichen Agreement mit dem rüstungswichtigen Opel-Blitz-Lastwagenwerk in Brandenburg/Havel.

Bei einer seiner Reisen in die Türkei, erzählte Alfred Tauszky später, sei er sogar auf die Idee gekommen, den Engländern über seine Aufträge für die deutsche Abwehr zu berichten und ihnen seine eigenen Dienste anzubieten. Er suchte die englische Botschaft in Ankara auf. „Aber ich fand keine Gegenliebe. Die Engländer trauten mir nicht.“

Tauszkys Handel mit gebrauchter Berufskleidung für ausländische Zivilarbeiter in Deutschland und sein Großhandel in Lumpen warfen während des Krieges immerhin soviel ab, daß es für eine luxuriös eingerichtete Wohnung in Amsterdam reichte. Erst Ende 1944 fielen die vielen Reisen dem SD auf, der nicht recht wußte, was er davon halten sollte. Tauszky wurde in Holland verhaftet und in Rotterdam knapp 14 Tage eingesperrt.

Freunde eisten ihn wieder los, aber der SD traute dem „Halbjuden“ Tauszky nicht. Er schob ihn für die Dauer des Krieges nach Hamburg ab. Tauszky stellte sich ein Blockhaus mit drei Räumen in Lüthjensee bei Trittau in der Nähe von Hamburg auf.

Das war alles noch nicht sehr ungewöhnlich. Die Story dieses Mannes wurde erst interessant, als der Krieg zu Ende war.

Tauszky erlebte das Kriegsende im Lüthjenseer Blockhaus. Es dauerte nicht lange, da hatte er heraus, auf welche Art man auch im Nachkriegsdeutschland proper leben konnte. Nebenbei lieferte er den Engländern laufend Listen mit den Namen kleinerer und größerer Nazis, hauptsächlich aus der Trittauer und Lüthjenseer Gegend. Den englischen Sicherheitsoffizieren erleichterte das ihre Aufgaben sehr.

Bezahlen ließ sich Tauszky indessen für seine Nazi-Listen nicht. Sein Vorteil bestand darin, daß er durch seine englischen Freunde Kaffee, Zigaretten und Schokolade bekam und sehr schnell eine damals sehr begehrte Lizenz für seinen Privatwagen hatte.

Das Verhältnis mit Frau Etschi wurde in jener Zeit schon leicht getrübt. So wurde